
STADTGESCHICHTE

Rezension von: Maren Seliger,
K. Ucar, Wien. Politische
Geschichte 1740–1934, Entwicklung
und Bestimmungsfaktoren
großstädtischer Politik, Verlag
Jugend und Volk, Wien – München
1985, 2 Bände, 1286 Seiten.

Das voluminöse Werk umfaßt die Geschichte großer gesellschaftlicher Veränderungen und Trendbrüche (auch wenn es – in österreichischer Manier – bloß Trendbrücherl gewesen sein mögen) vom aufgeklärten Absolutismus bis zur Inauguration des faschistischen Ständestaates in der Alpenrepublik, der – vom Anspruch her – eben diese 200jährige Geschichte wieder rückgängig machen wollte. Der erste Band reicht von 1740 bis 1895; der zweite Band umfaßt die Jahre 1895 bis 1934. Dabei markiert das Jahr 1895 (Ende der liberalen Vorherrschaft im Wiener Gemeinderat) nicht eigentlich eine historische Wasserscheide. Dafür kämen eher die Jahre 1848 oder 1918 in Betracht, nach denen nichts mehr gleich funktionierte wie vorher. Die Autoren selbst bezeichnen daher die von ihnen gewählte Zäsur als pragmatische, die einzig dem Zweck dient, die Studie in zwei annähernd gleichen Teilen präsentieren zu können.

Bei einem wissenschaftlichen Druckwerk von 1300 Seiten handelt es sich entweder um die Streckung von Material, das – um Karl Kraus zu paraphrasieren – andere bereits auf 300 Seiten zusammenfassen können, oder aber um das Ergebnis langer und ernsthafter Recherchen. (Erinnert sei in diesem Zusammenhang an Harm-Hinrich Brandts „Der österreichische

Neoabsolutismus“, ein Buch, das auf über 1100 Seiten die Zeit von 1848 bis 1860 behandelt, ohne daß man je das Gefühl hätte, daß Kürzungen notwendig gewesen wären.) Die Studie von Seliger/Ucar verdient ein ähnliches Lob: Sicherlich könnte man eine politische Geschichte Wiens – beschränkte man sich auf „Politik“ im engeren Sinn – auch in eine kürzere Form bringen. In einem solchen Fall gingen jedoch wichtige Inhalte verloren. Das Ergebnis wäre vermutlich schlechter, nicht besser.

Die beiden Autoren haben das Ziel sehr hoch gesteckt: Vom Selbstverständnis der Historiographie als einer *historischen Sozialwissenschaft* ausgehend, haben sie das Material mit theoretischem Vorwissen gesichtet und präsentiert, und dabei den Grundfehler allen naiven Positivismus vermeiden, die Quellen „sprechen zu lassen“, anstatt sie zum Sprechen zu bringen. Seliger und Ucar versuchen, die politische Geschichte Wiens in ihrer Verstrickung mit der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung, den allgemeinen politischen Rahmenbedingungen, der Stadtentwicklung und der Bevölkerungsbewegung nachzuzeichnen. Es geht ihnen um das Deutlichmachen der Vermittlungen zwischen Stadt, Wirtschaft, Gesamtstaat, gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen, Kommunalrecht, Gemeindeverwaltung und eigentlicher Kommunalpolitik. Sämtliche Bereiche des kommunalen Lebens werden geschildert und analysiert. Die historischen Gemeindebudgets werden in ihrer sozialen, „klassemäßigen“ Relevanz präsentiert, die Entwicklung des Schulwesens gezeigt, verschiedenste Sozialdaten erläutert. Historische Wahlforschung ist in die Studie ebenso inkorporiert wie Analysen über die soziale Herkunft von Gemeinde- und Stadträten. Zum Teil – dies gilt insbesondere für die Schilderung der Ereignisse von 1848 – wird ein gewaltiges Sitten- und Sozialgemälde vorgeführt, das man nicht an-

ders als mit Spannung zu lesen vermag.

Natürlich sind nicht alle Teile des Buches gleich gut gelungen. Der Rezensent hatte den Eindruck (aber das mag daran liegen, daß er dabei eitel an seine eigene Kompetenz glaubt), daß der wirtschaftliche Hintergrund der Zeit nach 1914 knapper analysiert werden könnte. Es ist jedoch bei dieser Kritik zu bedenken, daß es nur wenig wirtschaftshistorische Literatur über diese Zeit gibt, die tatsächlich hilfreich ist.

Das Werk von Seliger/Ucakar spannt einen großen und für den Leser immer sichtbaren Bogen vom Absolutismus bis zum Faschismus, vom Entstehen einer bürgerlichen Öffentlichkeit bis zu ihrer tendenziellen Zerstörung bzw. Pervertierung. Unterm aufgeklärten Absolutismus, der alles öffentliche Leben reglementieren und kontrollieren wollte, stand die Stadt Wien unter der direkten Aufsicht des Staates, der an den kommunalen Einnahmen reges Interesse nahm. Die Forderung nach *Gemeindeautonomie* war daher ein (und nicht der unwesentlichste) Aspekt des Erwachens des bürgerlichen Geistes. Andere Gebiete waren die Freimaurerlogen (als Keimformen der Parteien), Handelskammern, Gewerbe- und andere Vereine wie der „juridisch-politische Leseverein“, der – 1840 gegründet – beim Anfang vom Ende des vormärzlichen Regimes eine Rolle spielte.

Die Gemeindeautonomie als großbürgerliche Forderung wurde im Gefolge der Revolution von 1848 Wirklichkeit (wie vieles, das damals real wurde, allerdings in Kompromißform und erst auf längere Sicht). 1848 entstand der erste Wiener Gemeinderat, 1849 wurde auf Gesamtstaatsebene ein provisorisches Gemeindegesetz erlassen. 1850 folgte in Wien eine provisorische Gemeindeordnung. Was sich 1848 durchsetzte, war die Modifizierung großbürgerlicher Forderungen; die Ideen des Kleinbürgertums, der erstmals als eigenständige Bewegung

auftretenden Arbeiter und der Intelligenz blieben unberücksichtigt. Gemeindepolitik wurde von den „Liberalen“ als *Vermögensverwaltung* verstanden, war daher Sache der Vermögenden. Diese Einstellung fand ihren Ausdruck im Privilegienwahlrecht. Die Geschichte der nächsten sieben Jahre war eine Geschichte des Kampfes um die Erhaltung bzw. gegen dieses Wahlrecht, je nachdem, auf welcher Seite die Antagonisten standen.

Der Wahlrechtskampf und die Schwächung des Liberalismus sind eng mit dem Entstehen der politischen Massenparteien verknüpft. Die Anfänge der Parteien fielen noch in das Jahr 1848 und die Jahrzehnte der liberalen Vorherrschaft in Staat und Gemeinde. Ende der achtziger Jahre entstand die Sozialdemokratische Partei; Anfang der neunziger Jahre formierten sich die Christlichsozialen, letztere als Erben der kleinbürgerlichen Demokratie von 1848, die sich durch Anti-Industrialismus und Zunftgeist ausgezeichnet hatte. Nun kam noch der Antisemitismus (Lueger!) hinzu.

1879 fiel die liberale Vorherrschaft im Abgeordnetenhaus; 1895 war die liberale Ära – nach einer Ausweitung des Wahlrechts auf die Mittelschichten – auch im Wiener Gemeinderat zu Ende. Die Christlichsozialen verwirklichten, was zuvor schon zu heißen Debatten geführt hatte: die *Kommunalisierung* von Gas, Strom, des öffentlichen Nahverkehrs, der Leichenbestattung usw. Aber auch die Christlichsozialen fielen bald dem Abstieg von der Macht anheim. Dies koinzierte mit der Wandlung der Gruppierung von einer „Partei des Kleinergewerbes mit vordergründig antikapitalistischem Anflug“ zu einer „konservativen Staatspartei der besitzenden Klassen in Stadt und Land“ (Seite 978) und dem Erstarken der Arbeiterbewegung.

Hatten die Christlichsozialen bis zum Ersten Weltkrieg bei Wahlen in Wien noch Arbeiterstimmen für sich

zu mobilisieren vermocht (dies wird von Seliger/Ucakar an Hand von konkreten Zahlen nachgewiesen), so wurde nach der Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts 1919 die Sozialdemokratie zur dominierenden Kraft in der Hauptstadt. Das Rote Wien erscheint in historischer Perspektive als der Versuch, mit sozialistischen Reformmaßnahmen der Stadt eine Bedeutung zu erhalten, deren sie in ihren „bürgerlichen“ Funktionen („Wasserkopf“ statt Finanz- und Verwaltungszentrum eines Großreiches) verlustig ging. In Wien wurde modellhaft vorgeführt, was die Sozialisten an gesellschaftlichen Reformvorstellungen im Köcher hatten. Dies gilt vor allem für den öffentlichen Wohnbau, ein Gebiet auf dem den Christlichsozialen vor 1914 auf Grund der starken Repräsentanz der Hausbesitzer in der Partei die Hände gebunden gewesen waren.

Die Leistungen des Roten Wien wurden von den Lohnabhängigen bei den Wahlen honoriert. Allen böswilligen Gerüchten zum Trotz hielten sie der SDAP bis zum Ende der Demokratie die Treue. Dies zeigen die Ergebnisse der letzten Gemeinderatswahlen von 1932, wo die NDSAP gerade in den „bürgerlichen“ Bezirken überdurchschnittlich gut abschnitt.

Die beiden Bände von Seliger und Ucakar sind es – trotz des möglicherweise abschreckenden Seitenvolumens – wert, von allen gelesen zu werden, die sich für die gesellschaftliche Entwicklung Österreichs in der Neuzeit interessieren. Sie vereinigen Detailwissen mit theoretischer Einsicht – eine Kombination, die hierzulande in der Geschichtswissenschaft noch immer unterrepräsentiert ist.

Fritz Weber